

FRANKFURTER STADTZEITUNG

Zeitung der
Deutschen Kommunistischen Partei
Frankfurt am Main



Ausgabe Januar 2008

Pannen und Preistreiberei Die Energiekonzerne bedienen sich schamlos

Die Preistreiberei der Energiekonzerne in den Sommermonaten und die Pannenserie in norddeutschen Atomkraftwerken bestimmten im Sommer die Diskussionen in der Energiepolitik.

Von wegen "Privat kann's billiger". Auch die Mainova beteiligt sich an den Erhöhungen.

Seit der "Liberalisierung" des Strommarktes 1998 stieg der Strompreis um fast 50 % und ist um ca. 30 % höher als in England und fast doppelt so hoch wie in der Schweiz.

Den Menschen in Deutschland treibt diese Abzockerei die Zornesröte ins Gesicht. Die vier großen Stromanbieter, E.ON, RWE, Vattenfall und EnBW beherrschen den deutschen Strommarkt.

Von der Politik sowohl in Berlin als auch in Brüssel ist kaum Hilfe zu erwarten, auch wenn sich Bundeswirtschaftsminister Glos zum

obersten Schützer der Energieverbraucher aufschwingt.

Er forderte 2006 eine Öffnung des europäischen Strom- und Gasmarktes, notfalls mit gesetzlichen Maßnahmen. Die ungenierte Selbstbedienungsmentalität der Energiekonzerne bleibt davon unberührt. Nachdem die staatliche Kontrolle über die Grundversorgungstarife seit Mitte 2007 weggefallen ist, haben es die Stromkonzerne in der Hand, beliebig die Preise zu diktieren. Der Verband der Elektrizitätswirtschaft (VDEW) kündigt schon weitere Preiserhöhungen für 2008 an.

Die Mainova erhöht die Strompreise zum 01. April.



Gesundheit, Frieden, Mindestlohn

Am 27. Januar 2008 wird in Hessen ein neuer Landtag gewählt. Wir wollen, dass Koch zurückgedrängt wird und die "Linke" in den Landtag einzieht. Die DKP ist gegen die ständig weiter betriebenen Privatisierungen, wir sind entschieden gegen den Ausbau des Frankfurter Flughafens. Wir treten offensiv für die Erhaltung der Hessischen Verfassung ein, worin z.B. das Recht auf Arbeit und ein Verbot von Aussperrung enthalten ist. Notwendig ist die Schaffung von Arbeitsplätzen mit menschen-

würdigen Arbeitsbedingungen, ein Grundrecht auf Ausbildung muss durchgesetzt werden. Dazu gehört ein garantierter Mindestlohn. Wir wollen die Abschaffung von Studiengebühren. Es geht um eine grundlegende Veränderung der Schulpolitik mit dem Ziel, mehr Chancengleichheit zu erreichen. Wir wollen Gemeinschaftsschule und Ganztagschule.

Viele unserer Forderungen finden wir bei den Forderungen der Linkspartei zur Landtagswahl.

Fortsetzung auf Seite 2



Fortsetzung von Seite 1: "Gesundheit, Frieden, Mindestlohn"

Fehlende Ausbildungsplätze, Kinderarmut

Wir erleben wachsende Kinderarmut in Hessen. Das ist in so einem reichen Bundesland wie Hessen eine Schande.

Wir erleben, dass auch im letzten Jahr Hunderttausende Jugendliche auf der Suche nach einem betrieblichen Ausbildungsplatz waren. Diese Situation geht einher mit dem Verlust des Selbstwertgefühls der betroffenen Jugendlichen.

Ministerpräsident Koch lässt das kalt.

Um diesem Skandal ein Ende zu bereiten, haben der DGB, die GEW, ver.di, die IG-Metall-Jugend, die Landesschülervertretungen von Hessen und anderen Bundesländern, der Elternbund Hessen und der hessische Landeselternbeirat eine Initiative gestartet.

Parteien und Wirtschaft sollen gezwungen werden, "ihrer Verantwortung zur Ausbildung der Jugendlichen nachzukommen."

Noch vor wenigen Wochen versprach Ministerpräsident Koch ein Nachtflugverbot.

Heute popagiert er den Flughafen-ausbau mit Nachtflügen und sagt "es wird leiser!"

Wer weiß, dass der Luftverkehr sich in den nächsten Jahren verdoppeln wird und trotzdem sagt:

Die Partei "DIE LINKE" kandidiert zum Hessischen Landtag

Mit dem Parteilosen Willi van Ooyen als Spitzenkandidat tritt die Partei "DIE.LINKE" zur Landtagswahl am 27. Januar 2008 an.

Mit Willi van Ooyen steht ein bekannter und geachteter Friedenskämpfer an der Spitze der Landesliste. Van Ooyen ist unter Anderem langjähriger Organisator der Ostermärsche.

Wichtiges Thema für DIE.LINKE ist der Kampf gegen die "soziale Verwüstung" und den Ausverkauf öffentlichen Eigentums durch die Kochregierung. Auch sieht DIE.LINKE in der Landesregierung einen der größten Arbeitsplatzvernichter in Hessen.

"Es wird leiser.", **der lügt, oder er weiß nicht, wovon er redet.**

Dieser Ministerpräsident ist tief in die Schwarzgeldaffäre verstrickt; er macht erneut populistischen Wahlkampf mit Ausländerhetze.

Koch verdient die Abwahl.

DIE.LINKE ist nur ein Teil der Linken in Deutschland. Dennoch ruhen viele Hoffnungen auf ihr, vor allem auf parlamentarischer Ebene.

Die Zusammenführung linker Kräfte ist neben politisch übereinstimmenden Forderungen ein für uns wichtiges Ziel.

Bei vielen außerparlamentarischen Aktionen und in Bündnissen haben wir den Spitzenkandidaten von "DIE.LINKE", Willi van Ooyen, als verlässlichen Partner kennengelernt.

Mit Willi van Ooyen als einem Vertreter der Friedens- und Sozialbewegung, hat "DIE.LINKE" einen Kandidaten, der hessenweit bekannt ist und für die Zusammenführung linker Kräfte steht.

Deshalb unser Aufruf zur Landtagswahl:

**"Wählt links!
Wählt DIE.LINKE!"**

Unter der Koch-Regierung seien über 4.000 Stellen im öffentlichen Dienst gestrichen worden, sagt Ulrich Wilken, Landesvorsitzender, DIE.LINKE.

DIE.LINKE rechnet damit, dass sie erstmals die 5% Hürde in Hessen überschreitet und in den Landtag einzieht.

**Weil auch
Hoffnungsträger
Druck von links
brauchen ...**



UZ Unsere Zeit
Zeitung der DKP
www.unsere-zeit.de



**Wir wollen ein linkes
Klima in Hessen !**

Presse- und Expertenstimmen zum CDU-Wahlkampfthema "Jugendkriminalität":

"Die Diskussion gaukelt den Menschen Zusammenhänge vor, die es nicht gibt. Die Formel härtere Strafen gleich höhere Abschreckung gleich weniger Straftaten ist schlicht falsch." Die gesetzlichen Möglichkeiten für den Umgang mit straffälligen Jugendlichen seien absolut ausreichend. Defizite gebe es allerdings bei den kommunalen Erziehungsangeboten für Straftäter. "Jugendgerichte können die gesetzlichen Instrumente nicht vollständig nutzen, weil es in den Gemeinden oft an Personal und Maßnahmen fehlt, die sich um straffällige Jugendliche kümmern." (Christoph Frank, Deutscher Richterbund)

"Das Gebot der Stunde ist eine umfassende nüchterne Debatte darüber, wie sich Jugendgewalt sinnvoll bekämpfen lässt. Das Thema ist zu wichtig, um es Ministerpräsidenten zu überlassen, die mit allen Mitteln um ihr Amt kämpfen." (Financial Times Deutschland)

Quelle: UZ vom 11. Januar 2008, S. 3

DKP Frankfurt

Hansteinstraße 4
60318 Frankfurt am Main
Telefon: 069 - 46 00 59 67
Fax: 069 - 95 51 76 05
email: dkp-frankfurt@email.de
Internet: www.dkp-frankfurt.de

nonpd

NPD-Verbot jetzt!

NPD- und REP-Kundgebungen am 19. und 20. Januar 2008 auf dem Römerberg verhindern

Angesichts des "braunen Wochenendes" (FR) am 19./20. Januar hat der StadtschülerInnenrat Frankfurt (SSR) einen Offenen Brief an Magistrat, Parteien und Römerbergbündnis gerichtet, in dem zu Aktivitäten gegen die Zusammenrottungen von Rassisten und Nazis auf dem Römerberg aufgerufen wird. Dieser Brief hat inzwischen eine Reihe von UnterstützerInnen gefunden.

...
[Auch die DKP spricht sich für Aktionen an beiden Tagen aus und schließt sich diesem Brief und entsprechend dem Aufruf der Anti-Nazi-Koordination an. Nachfolgend sehr kurze Auszüge aus dem Offenen Brief des SSR:]

...Von diesen Kundgebungen ist zu erwarten, dass sie das friedliche Zusammenleben im weltoffenen Frankfurt gefährden. ...

"Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen."

Die menschenverachtende Ideologie von Rassisten und Neonazis steht im völligen Widerspruch auch zum Hessischen Schulgesetz... §2 (2):
"Die Schulen sollen die Schülerinnen und Schüler befähigen ..., andere Kulturen in ihren Leistungen kennenzulernen und zu verstehen, Menschen anderer Herkunft, Religion und Weltanschauung vorurteilsfrei zu begegnen und somit zum friedlichen Zusammenleben verschiedener Kulturen beizutragen, sowie für die Gleichheit und das Lebensrecht aller Menschen einzutreten."

...Wir unterstützen in den Frankfurter Schulen Projekte zur Erinnerung an die NS-Zeit, Programme gegen Fremdenfeindlichkeit, ...wir bereiten ein Konzert gegen Neofaschismus vor.

...Offenbach am 15. Dezember 2007. Dort haben Gegendemonstranten erfolgreich einen Marsch der NPD durch ihre Stadt verhindert. Dort hat die Polizei die Störung der NPD-Redebeiträge durch Kirchenglocken, Sprechchöre, Trillerpfeifen, ...respektiert. Der Einsatzleiter der Polizei veranlasste schließlich den Demonstrationsleiter der NPD, den Weitermarsch durch die Offenbacher Innenstadt abubrechen und zum Ostbahnhof zurückzukehren.

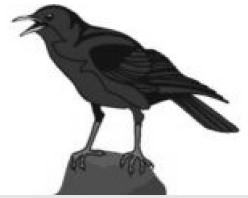
Wir hoffen, dass der Magistrat für ein Verbot der Kundgebungen von NPD und Republikanern eintritt.

... [wir] appellieren ..., in einem gemeinsamen Akt der Zivilcourage und der gewaltfreien Aktion, den Römerberg an beiden Tagen nicht den politischen Brunnenvergiftungen von NPD und Republikanern zu überlassen. ..."

Laßt uns die beiden Nazi-Kundgebungen gemeinsam verhindern! Kommt an beiden Tagen spätestens zwei Stunden vor dem Veranstaltungsbeginn der Nazis auf den Römerberg, damit wir ihn gemeinsam besetzen! Informiert Euch über den aktuellen Stand auf: www.antinazi.wordpress.com; www.antifa-frankfurt.org

Wir werden der NPD und den REPs am 19. und 20. Januar den Römerberg nicht überlassen!

Rabe
meint..



Ministerpräsident Koch will alle Jugendlichen, die auffallen, "warnwegsperrern"!

Herr Koch, dies ist auch eine Art, Probleme zu lösen.

Warum also Geld in das Bildungssystem oder in begleitende Maßnahmen stecken?!

Die CDU-Landesregierung hat die finanziellen Mittel bei fast allen sozialen Einrichtungen radikal gekürzt.

Mich wundert es nicht, dass Herr Koch Jugendliche, vor allem Jugendliche mit Migrationshintergrund, wegsperren will. So kommt die Koch-CDU doch viel besser bei bestimmten Wählern an!

Die "CDU räumt auf", so könnte es nach einem NPD-Wahlplakat heißen. Die CDU-Landespolitik ist gescheitert, sowohl mit ihrer Bildungspolitik, als auch mit ihrer Arbeitsmarktpolitik.

Die jungen Menschen durchlaufen eine schlechte Schulausbildung. Und ihre Perspektive daraus ?! Sie finden schwer einen Ausbildungsplatz und werden nach der Ausbildung häufig nicht übernommen.

Warum macht Koch nicht folgenden Vorschlag: sämtliche Arbeitgeber, die Arbeitsplätze vernichten - Wegsperrern. Grund: sie fügen den Betroffenen Leid und Elend zu.

meint

Euer Rabe

**GIB NAZIS
KEINE
CHANCE**

www.vvn-bda.de

Ist Demokratie nicht was Schönes?

Der europäische "Vertrag von Lissabon"

Franzosen und Niederländer haben im Sommer 2005 die "Europäische Verfassung" in Volksabstimmungen abgelehnt. Am 13. Dezember 2007 wurde als Ersatz der "Vertrag von Lissabon" unterzeichnet (bestehend aus dem EU-Vertrag (EUV) und dem "Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union" (AEUV)). Die Ratifizierung in den Mitgliedsstaaten steht noch aus. Eine Volksabstimmung wird es wahrscheinlich nur in Irland, keinesfalls in Frankreich geben. Merke: Demokratie ist nur solange schön, wie die Ergebnisse in den Kram passen.

Was spricht eigentlich gegen den Vertrag?

Die **grundsätzlich undemokratische Struktur** der EU: Gesetzgebungsakte erfolgen im wesentlichen nur auf Vorschlag der Kommission (EUV Art. 17 (2)). Das Parlament hat kein Initiativrecht. Sogar der parlamentarische Arm des Wahlvolkes, der ohnehin sehr schwach ist, ist in der EU gelähmt. Die **Verpflichtung zur kontinuierlichen Aufrüstung**: EUV Art. 42 (3) "... Die Mitgliedstaaten verpflichten sich, ihre militärischen Fähigkeiten schrittweise zu verbessern." Das Europäische Parlament hat hierzu nichts zu sagen: es wird gemäß Art. 36 EUV über die Entwicklung der Politik in diesem Bereich "unterrichtet".

Die **Verpflichtung auf fortschreitende Liberalisierung der Wirtschaft** – mehr Privatisierung, Abbau des Sozialstaates:

AEUV Art. 60 "Die Mitgliedstaaten bemühen sich, über das Ausmaß der Liberalisierung der Dienstleistungen, ... hinauszugehen, falls ihre wirtschaftliche Gesamtlage und die Lage des betreffenden Wirtschaftszweigs dies zulassen."

Art. 106 AEUV verpflichtet die Mitgliedsstaaten, öffentliche Unternehmen den Zielen des Vertrages zu unterwerfen, und diese Ziele sind nach wie vor: "offene Marktwirtschaft mit freiem Wettbewerb" (Art. 120 AEUV) ohne "Einschränkungen" oder "Verfälschungen" (AEUV Art. 101).

Dies alles sollen wir am besten gar nicht erst zur Kenntnis nehmen – der Inhalt des Vertrages spielt in der Berichterstattung meist keine Rolle. Eine Umfrage des "Monitor" ergab übrigens, dass auch die Bundestagsabgeordneten, die uns die Arbeit der demokratischen Entscheidungsfindung abnehmen, nicht viel mehr wissen, als dass es irgendwie um europäische Einigkeit geht, und dagegen darf man ja nichts sagen, oder? Nun: Information vorenthalten, gegenteilige Meinungen diskreditieren, und die Betroffenen nicht in die Entscheidungen einbeziehen – so stellen wir uns allerdings einen demokratischen Prozess nicht vor.



Ein Investor bei der Arbeit

die DKP Frankfurt lädt ein zu einer **Diskussionsveranstaltung**.
Was: "Lage, Probleme und Perspektiven der DGB-Gewerkschaften"
Wann: Samstag, 15. März 2008, 14.00 Uhr
Wo: Bürgerhaus Gutleut, Rottweiler Str. 32

www.dkp-frankfurt.de

22. – 24. Februar 2008, 18. Parteitag der DKP in Mörfelden, im Bürgerhaus

g
r
o
ß
e

S
c
h
w
e
s
t
e
r

UZ - Sozialistische Wochenzeitung der DKP

UZ

Che würde UZ lesen!

Jetzt 10 Wochen testen!

Bitte schicken Sie mir die Wochenzeitung „Unsere Zeit“ für 10 Wochen kostenlos. Das Testabo endet automatisch.

An den Kosten beteilige ich mich freiwillig mit 10,- Euro pro Testabo. (bzw. mit einer Spende in Höhe von Euro.)

Name _____

Vorname _____

Telefon / E-Mail _____ Geburtsjahr _____

PLZ / Ort _____

CommPress Verlag GmbH • Hoffnungstraße 1 • 45127 Essen • Fax: 0201-24 86 484 • www.unsere-zeit.de